Stand: 15.09.2025 23:45:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/1817

"Mobilität der Zukunft: Technologieführerschaft und -offenheit erhalten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/1817 vom 03.05.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/2749 des WI vom 27.06.2019
3. Beschluss des Plenums 18/2894 vom 04.07.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 04.07.2019

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 03.05.2019 **Drucksache 18/1817**

Antrag

der Abgeordneten **Sandro Kirchner, Jürgen Baumgärtner, Alexander König, Klaus Holetschek, Dr. Marcel Huber, Jochen Kohler, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Klaus Stöttner, Martin Wagle CSU**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Mobilität der Zukunft: Technologieführerschaft und -offenheit erhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zum Technologie- und Innovationsstandort Bayern. Im Hinblick auf die Mobilität der Zukunft muss es Bayern gelingen, seine Technologieführerschaft zu sichern.

Der Landtag begrüßt daher die Aktivitäten der Staatsregierung im Rahmen des Zukunftsforums Automobil, den Aufbau von Kompetenzen im Bereich von Batterietechnologie an mehreren Standorten in Bayern, die Bewerbung als Standort für eine „Forschungsfertigung Batteriezelle“ und die Entwicklung eines Verbundzentrums synthetische Kraftstoffe in Straubing, je im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel.

In diesem Sinne wird die Staatsregierung aufgefordert, weiterhin alternative Antriebstechnologien wie insbesondere Plug-in Hybride und Elektrofahrzeuge mit Batterie und innovativer Brennstoffzellentechnologie (u. a. Wasserstoff, LOHC, etc.) zu fördern. Gleichzeitig sollten im Sinne der Technologieoffenheit bewährte Antriebstechnologien mit Verbrennungsmotoren einschließlich des Einsatzes innovativer synthetischer Kraftstoffe (e-fuels, Biokraftstoffe, etc.) weiterentwickelt werden

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die zeitnahe Vorlage eines ganzheitlichen, technologieoffenen Energie- und Mobilitätskonzepts einzusetzen, das auf die Gesamtökobilanz ausgerichtet ist.

Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, sich beim Bund gegen die Benachteiligung synthetischer Kraftstoffe einzusetzen und konkret für:

– ein Konzept für die Marktentwicklung und Regulierung synthetischer Kraftstoffe, adressiert auf alle Verkehrsträger und unter Prüfung der steuerlichen Belastung und von Investitionsanreizen in der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie;

– die zeitnahe Berücksichtigung von synthetischen Kraftstoffen bei zukünftigen Regelungsvorhaben der Europäischen Kommission, im Besonderen bei der CO_2 -Flottenregulierung Pkw und schwere Nutzfahrzeuge, und gleichwertige Anerkennung als Ergänzung zur Elektromobilität;

– die Entwicklung einer klaren verkehrs- und automobilpolitischen Zielvision, in der ökonomische, soziale und ökologische Anforderungen langfristig und dauerhaft miteinander in Einklang gebracht werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Begründung:

Der Mobilitätssektor steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Während das Verkehrsaufkommen in Bayern, Deutschland und weltweit weiterwachsen wird, werden gleichzeitig die unterschiedlichen Mobilitätsbedarfe weiter zunehmen. Es gilt auf Bundesebene eine klare verkehrs- und automobilpolitische Zielvision zu entwickeln, in der ökonomische, soziale und ökologische Anforderungen langfristig und dauerhaft miteinander in Einklang gebracht werden. Darüber hinaus sind die Möglichkeiten der Digitalisierung besser nutzbar zu machen und konkrete Alternativen zum Individualverkehr weiterzuentwickeln.

Auch der Mobilitätssektor muss einen entscheidenden Beitrag zur Senkung klimaschädlicher Emissionen leisten. So sollen bis zum Jahr 2030 gemäß dem Klimaschutzplan die Gesamtemissionen des Verkehrs gegenüber dem Jahr 1990 um 40 bis 42 Prozent sinken. Im Vergleich zum Jahr 2017 bedeutet dies sogar eine Reduzierung um 44 Prozent in nur zwölf Jahren.

Neben dem Ausbau der Elektromobilität und der Verbesserung des öffentlichen Verkehrs kommt auch der Entwicklung weiterer alternativer Antriebe eine entscheidende Rolle zu. Hier gilt es, auf bundespolitischer und europapolitischer Ebene Rahmenbedingungen für technologieoffene Ansätze auch unter Berücksichtigung synthetischer Kraftstoffe zu schaffen. Dabei muss ein Fokus daraufgelegt werden, dass alle technologischen Ansätze auf mittlere Sicht ökologisch und ökonomisch, also vom Energieaufwand und der Gesamttreibhausgasbilanz her betrachtet, sinnvoll herstellbar und in den Markt integrierbar sein können.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 27.06.2019 **Drucksache** 18/**2749**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Antrag der Abgeordneten Sandro Kirchner, Jürgen Baumgärtner, Alexander König u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 18/**1817**

Mobilität der Zukunft: Technologieführerschaft und -offenheit erhalten

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Klaus Holetschek**
Mitberichterstatter: **Gerd Mannes**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr, der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 8. Sitzung am 9. Mai 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Zustimmung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat den Antrag in seiner 8. Sitzung am 21. Mai 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Antrag in seiner 12. Sitzung am 6. Juni 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Enthaltung

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.

5. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 27. Juni 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.

Sandro Kirchner
Vorsitzender

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 04.07.2019 **Drucksache** 18/**2894**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Sandro Kirchner, Jürgen Baumgärtner, Alexander König, Klaus Holetschek, Dr. Marcel Huber, Jochen Kohler, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Klaus Stöttner, Martin Wagle CSU**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/**1817**, 18/**2749**

Mobilität der Zukunft: Technologieführerschaft und -offenheit erhalten

Der Landtag bekennt sich zum Technologie- und Innovationsstandort Bayern. Im Hinblick auf die Mobilität der Zukunft muss es Bayern gelingen, seine Technologieführerschaft zu sichern.

Der Landtag begrüßt daher die Aktivitäten der Staatsregierung im Rahmen des Zukunftsforums Automobil, den Aufbau von Kompetenzen im Bereich von Batterietechnologie an mehreren Standorten in Bayern, die Bewerbung als Standort für eine „Forschungsfertigung Batteriezelle“ und die Entwicklung eines Verbundzentrums synthetische Kraftstoffe in Straubing, je im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel.

In diesem Sinne wird die Staatsregierung aufgefordert, weiterhin alternative Antriebstechnologien wie insbesondere Plug-in Hybride und Elektrofahrzeuge mit Batterie und innovativer Brennstoffzellentechnologie (u. a. Wasserstoff, LOHC etc.) zu fördern. Gleichzeitig sollten im Sinne der Technologieoffenheit bewährte Antriebstechnologien mit Verbrennungsmotoren einschließlich des Einsatzes innovativer synthetischer Kraftstoffe (e-fuels, Biokraftstoffe etc.) weiterentwickelt werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die zeitnahe Vorlage eines ganzheitlichen, technologieoffenen Energie- und Mobilitätskonzepts einzusetzen, das auf die Gesamtökobilanz ausgerichtet ist.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, sich beim Bund gegen die Benachteiligung synthetischer Kraftstoffe einzusetzen und konkret für:

– ein Konzept für die Marktentwicklung und Regulierung synthetischer Kraftstoffe, adressiert auf alle Verkehrsträger und unter Prüfung der steuerlichen Belastung und von Investitionsanreizen in der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie;

– die zeitnahe Berücksichtigung von synthetischen Kraftstoffen bei zukünftigen Regelungsvorhaben der Europäischen Kommission, im Besonderen bei der CO_2 -Flottenregulierung Pkw und schwere Nutzfahrzeuge, und gleichwertige Anerkennung als Ergänzung zur Elektromobilität;

– die Entwicklung einer klaren verkehrs- und automobilpolitischen Zielvision, in der ökonomische, soziale und ökologische Anforderungen langfristig und dauerhaft miteinander in Einklang gebracht werden.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe auf:

Antrag der Abgeordneten
Sandro Kirchner, Jürgen Baumgärtner, Alexander König u. a. (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mobilität der Zukunft: Technologieführerschaft und -offenheit erhalten
(Drs. 18/1817)

Über die Nummer 25 der Antragsliste, den Antrag der Abgeordneten Sandro Kirchner, Jürgen Baumgärtner, Alexander König und anderer (CSU) sowie Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Mobilität der Zukunft: Technologieführerschaft und -offenheit erhalten" auf Drucksache 18/1817 ist gesondert abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung sowie die mitberatenden Ausschüsse empfehlen Zustimmung.

Wir stimmen also jetzt über diesen Antrag Nummer 25 gesondert ab. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen bitte ich anzuzeigen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD. Die fraktionslosen Abgeordneten geben kein Votum ab. Damit ist diesem Antrag zugestimmt worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit kommen wir zur Mittagspause. Sie dauert dreißig Minuten. Wir sehen uns um 14:10 Uhr hier wieder.

(Unterbrechung von 13:40 bis 14:12 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Sitzung wieder nach der Mittagspause.